

Interview mit Erich Honecker, veröffentlicht in La Libre Belgique (13. Oktober 1987)

Legende: Am 13. Oktober 1987 erläutert Erich Honecker, Vorsitzender des Staatsrats der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) in einem Interview mit der Brüsseler Tageszeitung La Libre Belgique die Rolle seines Landes auf internationaler Ebene und die Haltung seiner Regierung zu den Forderungen nach demokratischen Reformen.

Quelle: La Libre Belgique. 13.10.1987, n° 286; 105e année. Bruxelles: Edition de la Libre Belgique S.A. "Honecker: "Pas d'hostilités aux réformes de Moscou"", p. 2.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/interview_mit_erich_honecker_veroeffentlicht_in_la_libre_belgique_13_oktober_1987-de-258a3a9c-6131-46e0-8d82-416212a4ebac.html



Publication date: 07/11/2016

Honecker: „Wir stehen den Reformen Moskaus nicht ablehnend gegenüber“

Beide deutsche Staaten wollen für die Sicherheit in Europa besondere Verantwortung übernehmen. So sieht es der Grundlagenvertrag vor. 1985 haben Sie mit Bundeskanzler Kohl festgelegt, dass „von deutschem Boden“ niemals mehr ein Krieg ausgehen soll. Worin besteht konkret die Verantwortung der DDR und wie gedenken Sie, diese Verantwortung mit der Bundesrepublik wahrzunehmen ?

– Seit jeher ist sich die DDR bewusst, dass die beiden deutschen Staaten eine ganz besondere Verantwortung für den Frieden und die Sicherheit in Europa tragen. Das ergibt sich aus ihrer geographischen Lage an der Trennlinie zwischen den beiden großen Militärböcken, das ergibt sich aber auch aus den Lehren der Geschichte. Beide Staaten müssen darauf achten, dass von deutschem Boden niemals mehr Krieg, sondern nur noch Frieden ausgeht.

Ich betrachte es als ein ganz wesentliches Ergebnis meines offiziellen Besuchs in der Bundesrepublik, dass beide Seiten diese Verpflichtung bekräftigt haben. Unseres Erachtens nach ergibt sich daraus die Notwendigkeit, dass die beiden Staaten sich aktiv für Abrüstung und Entspannung einsetzen. Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland müssen sich für eine doppelte Null-Lösung hinsichtlich der Mittelstreckenraketen einsetzen, was auch den Abbau der Pershing-1A Raketen in der BRD einschließt.

Wir sind von dem Wunsch beseelt, den Weg der gezielten Abrüstung einzuschlagen. Gemeinsam mit der sozialistischen tschechoslowakischen Republik haben wir deshalb bekanntlich der BRD vorgeschlagen, eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa sowie eine chemiewaffenfreie Zone in Europa zu schaffen und hierüber Verhandlungen zu eröffnen. Dies wäre zweifellos ein bedeutsamer Beitrag zur Entschärfung der Lage in Europa. Wir gehen davon aus, dass die BRD hierzu noch nicht ihr letztes Wort gesprochen hat. Da zwischen der UdSSR und den USA ein prinzipielles Einvernehmen über die Beseitigung der atomaren Mittelstreckenraketen besteht, ist der Vorschlag über die Bildung einer atomwaffenfreien Zone von besonderer aktueller Bedeutung.

Ich habe Herrn Bundeskanzler Kohl in unseren Gesprächen dargelegt, dass man als ersten Schritt einen Korridor von ungefähr 300 km längs der Ost-West-Grenze vorsehen könnte. Ich habe ebenfalls daran erinnert, dass die UdSSR bereit ist, ihre Atomwaffen aus diesem Korridor abzuziehen und dessen Status zu achten und zu garantieren. Angesichts der Tatsache, dass der Vertrag über die Mittelstreckenraketen allmählich Gestalt annimmt, könnte man die Möglichkeit ins Auge fassen, die atomwaffenfreie Zone zügig auf ganz Mitteleuropa auszudehnen.

Das gemeinsame Kommuniqué vom 8. September 1987 zu meinem Besuch in der BRD enthält mehrere konkrete Vorgaben über das mögliche Vorgehen unserer beiden Staaten zur Förderung von Abrüstung und Entspannung. Unsere beiden Staaten sind übereingekommen, bei ihrer Teilnahme an den Konferenzen in Wien dafür Sorge zu tragen, dass dort Fortschritte und Ergebnisse erzielt werden und dazu beizutragen, dass die Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR zu positiven Ergebnissen führen. Wir haben einvernehmlich festgehalten, dass es notwendig ist, die strategischen Angriffswaffen um 50% zu reduzieren, den ABM-Vertrag einzuhalten, Atomversuche einzustellen, die Vorkehrungen über die Nichtverbreitung von Atomwaffen zu verstärken und chemische Waffen zu verbieten. Betont wurde auch die Bedeutung konventioneller Abrüstung.

Sie können sicher sein, dass die DDR keine Anstrengungen scheuen wird, ihre Verantwortung für den Frieden wahrzunehmen.

Was verbindet man in der Deutschen Demokratischen Republik mit dem Begriff „deutsch“? Welchen Bezug haben die Bürger der DDR zur deutschen Geschichte, deren Anfänge weit vor dem Jahr 1945 liegen? Welche Haltung nimmt die DDR ein??

– Die DDR ist nicht in einem historischen Vakuum geboren. Sie hat ihre Wurzeln in der Geschichte und in geschichtlichen Traditionen. Die Kenntnis dieser Geschichte, der sich aus ihr ergebenden Erfahrungen und

Lehren ist für uns ein unverzichtbarer Bestandteil zum Verständnis und zum Aufbau der Gegenwart und der Zukunft. So werden alle humanistischen und fortschrittlichen Traditionen in den Dienst unserer Gesellschaft gestellt. Unser reiches historisches und kulturelles Erbe ist ja eine wesentliche Grundlage für unseren gesellschaftlichen Fortschritt. „Ohne zurückzuschauen“, schrieb der Dichter Johannes R. Becher, „ist es unmöglich, die Gegenwart zu verstehen und die Zukunft ins Auge zu fassen!“ Die grundlegende Frage unserer Zeit – die Frage nach Krieg oder Frieden – macht es erforderlich, dass die Deutschen über die Geschichte neu reflektieren. Das ist die schmerzhafteste Lehre, die wir aus zwei verheerenden Weltkriegen ziehen, die vom ehemaligen Deutschen Reich ausgingen. Deshalb verbinden wir mit dem Begriff „deutsch“ vor allem unsere besondere Verantwortung, einen größtmöglichen Beitrag zum Erhalt des Friedens zu leisten, darauf zu achten, dass deutscher Boden niemals mehr eine Geburtsstätte für Krieg, sondern immer nur für Frieden darstellt.

Die 1975 unterzeichnete Schlussakte von Helsinki enthält feierliche Erklärungen bezüglich Sicherheit und Zusammenarbeit. Welcher Fortschritt wurde Ihres Erachtens nach in den Beziehungen zwischen der DDR und Belgien in Anwendung der Prinzipien der KSZE gemacht? In welchen Bereichen hätten Sie sich umfangreichere Ergebnisse erhofft und warum wurden diese nicht erreicht?

– Wir sind der Auffassung, dass die Schlussakte von Helsinki eine unabdingbare Grundlage für die Stärkung der Sicherheit und für die Entwicklung friedlicher und gegenseitig vorteilhafter Beziehungen zwischen den Staaten Europas darstellt. Unmittelbar nach ihrer Unterzeichnung haben wir sie entsprechend unserer Friedenspolitik in vollem Umfang umgesetzt. Dies schlägt sich natürlich auch in den Beziehungen zwischen den Regierungen der DDR und Belgiens nieder, die ja historisch gesehen noch relativ jung sind.

Auf der Grundlage fester vertraglicher Vereinbarungen haben sich vielfältige Beziehungen entwickelt, so im Bereich der Wirtschaft, im Verkehrswesen, in der Rechtshilfe, auf kulturellem Gebiet und im Gesundheitswesen. Der politische Dialog kann in seinem Ausmaß und seiner Beständigkeit als exemplarisch angesehen werden. Seit den 80er Jahren bestehen nahezu regelmäßige Treffen unserer Außen- und Ressortminister sowie fortlaufende parlamentarische Beziehungen. Dazu kommen seit dem letzten Jahr Begegnungen auf höchster Ebene. Beziehungen werden ebenso gepflegt in Gesprächen zwischen den Vertretern der politischen Parteien und der Gewerkschaften und im Meinungsaustausch von Experten unserer beider Länder, z.B. im Zusammenhang mit der Frage des Verbots chemischer Waffen und der Bildung einer chemiewaffenfreier Zone in Mitteleuropa.

Ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass meine kommenden Begegnungen und Unterredungen mit den höchsten Repräsentanten Ihres Landes einer vertieften vertrauensvollen und beidseitig vorteilhaften Zusammenarbeit förderlich sind und sich daraus im weitesten Sinne neue Bereiche für eine umfassende Zusammenarbeit auf wirtschaftlicher, wissenschaftlicher, technischer und kultureller Ebene auf tun werden.

Es ist durchaus verständlich, dass die DDR und ihre Bürger Belgien nur ein untergeordnetes Interesse entgegenbringen. Welche Ziele und Erwartungen verbinden Sie somit mit Ihrem Besuch in Belgien ?

– Die Bürger der DDR werden immer in Erinnerung haben, dass der deutsche Militarismus und Faschismus in zwei verheerenden Kriegen die Neutralität Belgiens mit Füßen getreten, die Souveränität und territoriale Unverletzlichkeit Belgiens und zahlreicher weiterer Staaten verachtet hat. Namen wie Ypres und Port de Breendonk stehen stellvertretend für die fürchterlichsten Verbrechen gegen die Menschheit. Sie sind für die Menschen Ermahnung und Verpflichtung zugleich, in ihrem Einsatz für Frieden und eine sichere Zukunft für alle Völker dieser Welt nicht nachzulassen. Im September vergangenen Jahres hatte ich in Berlin Gelegenheit zu einem tiefgehenden Meinungsaustausch mit Herrn Premierminister Martens.

Wir haben einvernehmlich festgehalten, dass die DDR und Belgien – zwei hochentwickelte Industriestaaten – den Wunsch haben, ihre bilateralen Beziehungen zu intensivieren und sich auf internationaler Bühne für eine gerechtere und sicherere Welt einzusetzen. Somit freue ich mich darauf, diese Begegnung in Belgien fortsetzen zu können, und ich verspreche mir viel davon.

Die ausführliche Berichterstattung unserer Medien über den Besuch Ihres Premierministers vor einem Jahr

hat im übrigen bei unserer Bevölkerung ein starkes Interesse an ihrem Land hervorgerufen. Mein Besuch wird dieses Interesse mit Sicherheit noch weiter verstärken.

In Belgien hat man den Eindruck, dass Staat und Gesellschaft der DDR von starker Gleichförmigkeit geprägt sind. Ist dies vom Staat und der Partei so gewünscht, oder wird künftig angestrebt, die Vielfalt der Meinungen zu fördern und die Möglichkeit bestehen, ihr Ausdruck zu verleihen ?

– Es ist selbstverständlich, dass jedes Gesellschaftssystem – unseres ebenso wie Ihres – ihm eigene Wesenszüge aufweist. Die Deutsche Demokratische Republik entwickelt sich als sozialistischer Staat, in dem der Marxismus-Leninismus als Ideologie der Arbeiterklasse bestimmend ist. Das bedeutet keineswegs, dass unsere sozialistische Gesellschaft uniform ist. In ihr gibt es zahlreiche Menschen, die sich zu anderen Weltanschauungen und Religionen bekennen.

Im Ausland ist häufig nicht bekannt, dass neben der SED noch vier weitere politische Parteien und andere politische Organisationen bestehen, die gleichberechtigt innerhalb unserer Volksvertretungen tätig sind, angefangen vom nationalen Parlament, der Volkskammer, bis hin zu den kommunalen Einrichtungen. Eine dieser Parteien, die Christlich-Demokratische Union, zählt überwiegend gläubige Christen zu ihren Anhängern.

Meinungsfreiheit und Pressefreiheit sind in unserer Verfassung als elementare Menschenrechte anerkannt. Für uns ist die Vielfalt der Meinungen und Ideen, ebenso wie ein kontinuierlicher intellektueller Dialog, sowohl in unseren Reihen als auch mit Anhängern abweichender Vorstellungen, unbedingt erforderlich. Nur so lässt sich nämlich das ganze Potenzial unseres Volkes freilegen und fruchtbar nutzen. Ohne die kollektive Intelligenz und das kollektive Handeln von Millionen unserer Bürger, ohne ihren Ideenreichtum ist kein sozialer Fortschritt möglich.

Herr Professor Otto Reinhold, der Mitglied des ZK der SED ist, hat in Bonn erklärt, dass „die Mitbestimmung jedes Bürgers der DDR erweitert und ausgedehnt werden muss“. Wie stellen Sie sich die Umsetzung dieses Prinzips vor? Und könnte man, aufgrund der unterschiedlichen Ausgangsbedingungen, eine Harmonisierung in den einzelnen sozialistischen Staaten in Erwägung ziehen ?

– Das Grundrecht jedes Bürgers der DDR auf Mitbestimmung und Teilnahme ist nicht nur in unserer Verfassung festgelegt, sondern in unserem Land seit langem eine gesellschaftliche Realität geworden. Das belegt die Tatsache, dass jeder dritte Bürger der DDR ein politisches oder soziales Ehrenamt ausübt. Die Erfolge unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik, die internationale Aufmerksamkeit auf sich gezogen haben, resultieren aus der uneingeschränkten Anwendung des Rechts auf Mitbestimmung und Beteiligung. Sie sind Ausdruck des hohen Verantwortungsbewusstseins und des persönlichen Einsatzes, den die ganz große Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung ihrem Staat entgegenbringt.

Wir haben sicherlich bereits viel erreicht, aber wir sind damit noch nicht zufrieden. Wir möchten, dass alle Bürger bewusst am Aufbau einer fortgeschrittenen sozialistischen Gesellschaft teilnehmen. Je mehr sich die Bürger aktiv am demokratischen Prozess beteiligen, umso mehr schreitet die Entwicklung unseres Landes voran. Unser Grundsatz „Teilnahme eines jeden an der Planung, Ausführung und Kontrolle“ setzt voraus, dass mit der arbeitenden Bevölkerung ernsthaft alle ihre Arbeit und ihr Leben berührenden Fragen besprochen werden. Der entscheidende Vorteil unserer sozialistischen Demokratie besteht darin, dass sie sich auch voll und ganz bei den Produktionszielen und im Produktionsumfang in den Kombinat und Betrieben niederschlägt. So kann, um nur ein Beispiel zu erwähnen, kein Unternehmen eine wichtige Entscheidung ohne die vorherige Zustimmung der Gewerkschaft treffen.

Was die Frage der „Harmonisierung“ in den verschiedenen sozialistischen Staaten angeht, lege ich Wert darauf zu sagen, dass die Verbesserung der sozialistischen Demokratie überall ein ständiges Anliegen darstellt. Diese Harmonisierung besteht gewissermaßen seit langem. Es geht darum, das Verantwortungsbewusstsein und das Handeln aller Bürger zu mobilisieren.

Es besteht überwiegend der Eindruck, dass Staat und Kirche im Verlauf der letzten zehn Jahre ihre

Beziehungen beträchtlich verbessert haben. Können Sie bitte die Bestandteile dieser Politik, die diese Verbesserungen ermöglicht haben, präzisieren und auch aufzeigen, wo die Grenzen hierfür in einem atheistischen Staat liegen?

– Sie haben richtig festgestellt, dass die Beziehungen zwischen dem Staat und den Kirchen sich im Verlauf der letzten zehn Jahre beständig und konstruktiv entwickelt haben. 1978 führte ich Gespräche mit dem Ausschuss der evangelischen Synodalversammlungen der DDR unter dem damaligen Vorsitz von Bischof Dr. Albrecht Schönherr. Im Januar 1981 fanden Gespräche zwischen mir und Bischof Gerhard Schaffran statt, der damals Vorsitzender der katholischen Bischofskonferenz in Berlin war. Diese Unterredungen waren von großer Bedeutung für die Beziehungen zwischen dem Staat und den Kirchen. Dank dieser Unterredungen haben diese Beziehungen an Aufrichtigkeit, an Verständnis und an dem Wunsch nach konstruktiven Regelungen gewonnen. Wir haben die Grundlagen ausgearbeitet, auf denen sich normale, verfassungsgemäße Beziehungen entwickeln können, die sich durch gegenseitiges Verständnis kennzeichnen. Wir werden diese Politik, die sich bewährt hat, fortsetzen.

Das Einvernehmen, das zwischen Marxisten und Christen, zwischen dem Staat und den Kirchen in der Frage der Bewahrung des Friedens und gegenüber der Friedenspolitik der DDR besteht, ist sicherlich die Grundlage für diese Beziehungen.

Von deutschem Boden darf niemals mehr Krieg, sondern immer nur Frieden ausgehen. Diesen fundamentalen Grundsatz der DDR haben sich die Kirchen zu Eigen gemacht. Das zeigte sich übrigens dieses Jahr während der Synode der Evangelischen Kirche in der Hauptstadt der DDR und beim ersten Katholikentag der DDR in Dresden.

Man muss gleichermaßen betonen, dass auf beiden Seiten eine weitgehend gleiche Interessenlage besteht, wenn es darum geht, unsere Wirtschafts- und Sozialpolitik umzusetzen, den Bereich zwischenmenschlicher Beziehungen zu vertiefen, das kulturelle Erbe zu bewahren und unser sozialistisches Programm zum Wohl des Volkes anzuwenden. Die Fürsorge und Sozialarbeit, die die Kirchen autonom und mit besonderer Motivation ausüben, haben in unserem Gesundheits- und Sozialwesen einen festen und sehr geschätzten Platz. So unterhalten die evangelisch-protestantischen Kirchen beispielsweise 48 Krankenhäuser und Pflegeheime mit fast 7 000 Betten und mehr als 330 Altenheime sowie geriatrische Kliniken mit mehr als 11 000 Plätzen. In der DDR gibt es zahlreiche kirchliche Dokumentationen und Veröffentlichungen, die im Ausland auf zunehmendes Interesse stoßen. Jedes Jahr werden etwa fünf Millionen Bücher religiösen Inhalts in den Verlagen der Kirchen und der Christlich-Demokratischen Union (CDU) aufgelegt. Neben den sechs Tagesblättern der CDU erscheinen in der DDR 32 kirchliche und theologische Periodika und Zeitschriften. Diese Beispiele zeigen zur Genüge, dass die Kirchen in der DDR ihren Teil der Verantwortung auf sich nehmen und sie mit dem Rückhalt des Staates und der gesamten Gesellschaft in die Praxis umsetzen.

Die Verfassung garantiert die Freiheit des Gewissens und des Glaubens und schützt das religiöse Bekenntnis. Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.

Es hat den Anschein, dass die in der Sowjetunion durchgeführten Reformen in der DDR nicht auf ein sehr positives Echo gestoßen sind. Lassen sie sich Ihrer Meinung nach in Ihrem Land schlecht umsetzen?

– Ich glaube nicht, dass Ihr Eindruck zutreffend ist. Die DDR verfolgt mit viel Verständnis und großer Aufmerksamkeit die in der Sowjetunion eingeleiteten Veränderungen. Wie Sie wissen, sind die Freundschaft und die enge, sich immer mehr vertiefende Zusammenarbeit mit der Sowjetunion seit Jahrzehnten ein Pfeiler unserer Politik. Informations- und Erfahrungsaustausch beim Aufbau des Sozialismus sind fester Bestandteil dieser engen Zusammenarbeit. Der eine lernt vom Anderen. Dies ist normal unter Freunden.

Es zeigt sich täglich von neuem, dass der Sozialismus kein rigides und unflexibles System ist, wie im Westen oft behauptet wird. Die Fragen und Probleme, die im Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung neu auftauchen, erfordern neue Wege und Lösungen. Es ist indes wichtig, dass jedes Land dies rechtzeitig erkennt und für jede Sachlage angemessene Lösungen findet.

Selbstverständlich hat auch die DDR wie andere sozialistische Staaten die notwendigen strukturellen Veränderungen vorgenommen. Ich darf daran erinnern, dass wir seit Jahren der umfassenden Intensivierung der Produktion besondere Bedeutung beimessen, ebenso wie dem beschleunigten Aufbau und der raschen Anwendung von Schlüsseltechnologien, insbesondere der Mikroelektronik. Dies hat es uns trotz schwieriger internationaler Bedingungen ermöglicht, unsere bewährte Politik der Einheit von Wirtschaft und Gesellschaft fortzusetzen.

Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre wurde ein diesbezüglich bedeutsamer Schritt durch die Bildung der Kombinate vollzogen, die heute das Rückgrat unserer Volkswirtschaft darstellen. Die Maßnahmen, die getroffen wurden, um den Stellenwert der Kombinate und Betriebe zu erhöhen, haben positive Auswirkungen gezeitigt.

Wir sind also nicht „reformfeindlich“. Wir bemühen uns beständig, die Bereiche aufzutun, in denen Veränderungen erforderlich sind und sie dann entsprechend in die Tat umzusetzen. Zu diesem Zweck führen wir breit angelegte Diskussionen und Erörterungen durch, an denen oft mehrere Millionen Bürger teilnehmen. Prinzipiell wollen wir das ändern, was notwendig ist und das tun, was der Festigung des Sozialismus und dem Wohlergehen unserer Bürger dient.